Studium und Praxis

Europäisches Gesellschaftsrecht

Einführung für Studium und Praxis

Bearbeitet von

Begründet und von der 1. bis 3. Auflage verfasstes Lehrbuch von Prof. Dr. Mathias Habersack, und Prof. Dr. Dirk A. Verse, M.Jur. (Oxford)

 Auflage 2019. Buch. XXXI, 630 S. Softcover ISBN 978 3 406 71944 8
 Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Gesellschaftsrecht > Europäisches, Internationales Gesellschaftsrecht

Zu <u>Leseprobe</u> und <u>Sachverzeichnis</u>

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Habersack / Verse

Europäisches Gesellschaftsrecht





Europäisches Gesellschaftsrecht

Einführung für Studium und Praxis

von

Dr. Mathias Habersack

o. Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München

und

Dr. Dirk A. Verse

M.Jur. (Oxford), o. Professor an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

2019



Zitiervorschlag: Habersack/Verse, EuGesR, § ... Rn....



beck.de

ISBN 978 3406 71944 8

© 2019 Verlag C.H.BECK oHG Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos In den Lissen 12, D-76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz Buck Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 5. Auflage

In den gut sieben Jahren, die seit dem Erscheinen der 4. Auflage vergangen sind, hat sich das Europäische Gesellschaftsrecht erneut rasant entwickelt. Dazu beigetragen hat zunächst der EuGH, nicht zuletzt dadurch, dass er seine auf Förderung grenzüberschreitender Mobilität der Gesellschaften gerichtete Rechtsprechung zur Niederlassungsfreiheit kontinuierlich fortentwickelt hat, zuletzt in der Entscheidung in Sachen Polbud, die aus Art. 49 AEUV ein Recht auf grenzüberschreitende Verlegung des Satzungssitzes (unter Beibehaltung des Verwaltungssitzes im Wegzugsstaat) herleitet und damit einen grenzüberschreitenden Formwechsel ermöglicht. Auf sekundärrechtlicher Ebene haben die Bilanzrichtlinie vom Juni 2013 nebst der CSR-Richtlinie vom November 2014, die Reform der Abschlussprüfer-Richtlinie vom Juni 2014 und die Abschlussprüfer-Verordnung vom April 2014 das Europäische Bilanz- und Abschlussprüfungsrecht auf eine neue Grundlage gestellt. Die Aktionärsrechterichtlinie ist im Mai 2017 ganz erheblich erweitert worden; sie zieht zahlreiche Umsetzungsfragen nach sich, etwa mit Blick auf die Regulierung der related party transactions und das Aktionärsvotum in Vergütungsfragen (say on pay). Publizitäts-, Kapital-, Verschmelzungs- und Spaltungsrichtlinie sowie die Richtlinie über die grenzüberschreitende Verschmelzung sind - wenn auch ohne inhaltliche Änderung - in der 2017 verabschiedeten Richtlinie über bestimmte Aspekte des Gesellschaftsrechts aufgegangen. Aber auch unabhängig von gesetzgeberischen Eingriffen galt es, die Fortentwicklung des Primär- und Sekundärrechts durch zahlreiche Grundsatzentscheidungen des EuGH und des BGH sowie die kaum mehr zu überblickende Literatur zum Europäischen Gesellschaftsrecht zu sichten, gedanklich einzuordnen und im Text zu verarbeiten. Sämtliche Kapitel des Buches mussten deshalb gründlich überarbeitet, nicht wenige Abschnitte sogar völlig neu verfasst werden. An der bewährten Konzeption des Buches haben wir zwar festgehalten. Nachdem das Werk sowohl in der Lehre als auch in der Praxis auf erfreuliche Resonanz stößt, sind wir indes gerne dem Vorschlag des Verlages gefolgt und lassen es nun im neuen äußeren Gewande erscheinen. Unser Dank gilt der tatkräftigen Unterstützung durch unsere Mitarbeiter, allen voran vom Münchener Lehrstuhl Frau Anna Lisa Schwarz und Herrn Samy Sharaf sowie vom Heidelberger Lehrstuhl Frau Constanze Winkler.

Die Neuauflage befindet sich auf dem Stand von August 2018; einzelne neue Entwicklungen konnten noch bis Oktober 2018 berücksichtigt werden.

München, Heidelberg, im November 2018

Mathias Habersack, Dirk A. Verse

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Das Gesellschaftsrecht ist wie kaum ein anderer Bereich des Privatrechts durch europäisches Sekundärrecht beeinflußt. Neben der Verordnung über die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung sind es im wesentlichen neun Richtlinien, die zur Europäisierung des Gesellschaftsrechts beigetragen haben. Inhaltlich betreffen diese Richtlinien nahezu sämtliche Bereiche des Gesellschaftsrechts, ferner das allgemeine Handels- und Bilanzrecht. Bei der Arbeit mit Gesetzessammlungen, Lehrbüchern und Kommentaren zum nationalen Recht bleiben die Vorgaben des europäischen Rechts freilich zumeist verborgen. Dies muß schon deshalb verwundern, weil den Richtlinien im Rahmen der Auslegung des nationalen Rechts große Bedeutung zukommt, ein Verzicht auf die Heranziehung des europäischen Sekundärrechts, der entsprechenden Materialien und der einschlägigen Entscheidungen insbesondere des EuGH deshalb gleichbedeutend mit dem Verzicht auf ein wichtiges Hilfsmittel auf der Suche nach dem "richtigen" Recht ist.

Das vorliegende Buch will diese Lücke schließen. Es wendet sich an den Studierenden und an den Praktiker des Gesellschaftsrechts gleichermaßen. In seinem ersten Teil führt es in die EG-vertraglichen Grundlagen der Angleichung und Vereinheitlichung des Gesellschaftsrechts ein. Der zweite Teil ist den verabschiedeten Richtlinien und der unmittelbar vor der Verabschiedung stehenden Takeover-Richtlinie gewidmet. Er will den Leser mit dem wesentlichen Inhalt und der Systematik dieser Richtlinien vertraut machen und den von ihnen ausgehenden Einfluß auf das deutsche Handels- und Gesellschaftsrecht im einzelnen darlegen. Zu diesem Zweck werden auch die Umsetzungsakte des deutschen Gesetzgebers und etwaige Umsetzungsdefizite aufgezeigt. Gegenstand des dritten Teils ist im wesentlichen die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung als die bislang einzige supranationale Rechtsform; darüber hinaus wird die noch nicht eingeführte Europäische Aktiengesellschaft in ihren Grundzügen dargestellt. Das Buch will schließlich den Zugang zu den Vorschriften des Europäischen Gesellschaftsrechts erleichtern. Es gibt deshalb den Text der bislang verabschiedeten Richtlinien und der EWIV-Verordnung wieder und erfüllt somit zugleich die Aufgabe einer Textsammlung.

Regensburg, im November 1998

Mathias Habersack

Inhaltsübersicht

		Seite
Vor	wort zur 5. Auflage	V
Aus	dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
Inha	altsübersicht	VII
	zeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen ellschaftsrecht	XXI
Verz	zeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIII
Abk	ürzungsverzeichnis	XXVII
	Einführung	
§ 1	Gegenstand und Anliegen des Buches	1
§2	Gang der Darstellung	5
§3	Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts	7
§4	Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts	71
	Zweiter Teil. Die gesellschaftsrechtlichen Richtlinien	
§ 5	Handelsrechtliche Publizität	103
§6	Das Kapital der Aktiengesellschaft	215
§7	Aktionärsrechte	270
§8	Verschmelzung und Spaltung von Gesellschaften	341
§9	Die Rechnungslegung der Gesellschaften	386
§10	Die Einpersonengesellschaft	429
§11	Übernahmeangebote	450

Dritter Teil. Supranationale Rechtsformen

Sachverzeichnis		623
§ 15	Die Europäische Privatgesellschaft (SPE)	615
§ 14	Die Europäische Genossenschaft (SCE)	608
§ 13	Die Europäische Aktiengesellschaft (SE)	514
§ 12	Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	497



Inhaltsverzeichnis

		Seite
Vor	wort zur 5. Auflage	V
Aus	s dem Vorwort zur 1. Auflage	VI
	altsübersicht	VII
Ver	zeichnis der abgedruckten Texte zum Europäischen Gesellschaftsrecht	XXI
	zeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	
	xürzungsverzeichnis	
1101	tui zungsvei zeiennis	2121 V 11
	Einführung	
§ 1	Gegenstand und Anliegen des Buches	1
I.	Gegenstand	1
II.	Anliegen	4
§ 2	Gang der Darstellung	5
82		3
	Erster Teil. Grundlagen	
§3	Primärrechtliche Grundlagen des Europäischen Gesellschaftsrechts	7
I.	Niederlassungs- und Kapitalverkehrsfreiheit und die Rolle des Gesellschafts-	
	rechts	7
	1. Die Niederlassungsfreiheit	10
	 a) Ausprägungen und Inhalt der Niederlassungsfreiheit im Überblick b) Die Niederlassungsfreiheit als Diskriminierungs- und Beschränkungs- 	10
	verbot	12
	aa) Vom Diskriminierungs- zum Beschränkungsverbot	
	bb) Die "Keck"-Rechtsprechung des EuGH (Begrenzung auf markt-	
	zugangsrelevante Beschränkungen)	
	cc) Die Grundfreiheiten und das Handeln Privater	
	c) Niederlassungsfreiheit und rechtsformwahrende Sitzverlegungaa) Entwicklung und Stand der Rechtsprechung des EuGH	
	(1) Ausgangspunkt: "Daily Mail"	18
	(2) Zuzugsbeschränkungen: Die Entscheidungstrias "Centros",	10
	"Überseering", "Inspire Art" und das neuere Urteil "Kornhaas"	20
	(3) Wegzugsbeschränkungen: "Cartesio" und "National Grid Indus".	
	bb) Folgen für das deutsche Recht	
	(1) Übergang zur Gründungstheorie in Bezug auf EU-Auslandsge-	
	sellschaften; Wettbewerb der Rechtsformen	27
	(2) Anwendbarkeit nationaler Schutzvorschriften auf EU-Auslands-	2.5
	gesellschaften?	31

	(3) Wegzugsfreiheit für deutsche Gesellschaften
	d) Niederlassungsfreiheit und grenzüberschreitende Umwandlungen
	aa) Leitentscheidungen des EuGH
	(1) "Sevic": Grenzüberschreitende Verschmelzung als von der
	Niederlassungsfreiheit geschützte Tätigkeit
	(2) "Cartesio" und "Vale": Anerkennung des grenzüberschreitenden
	Formwechsels
	(3) "Polbud": Ausdehnung der Formwechselfreiheit auf die isolierte
	Satzungssitzverlegung
	bb) Folgen für das deutsche Recht
	e) Perspektiven
	2. Die Kapitalverkehrsfreiheit
	a) Inhalt der Kapitalverkehrsfreiheit im Überblick
	b) Abgrenzung zur Niederlassungsfreiheit
	c) Kapitalverkehrsfreiheit und "goldene Aktien"
	aa) Allgemeines
	bb) Der Streit um das VW-Gesetz im Besonderen
II.	Das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung und seine Ausprägungen auf
	dem Gebiet des Gesellschaftsrechts
	1. Das Prinzip
	2. Grundlagen der Harmonisierung des Gesellschaftsrechts
	a) Art.50 Abs.2 lit.g AEUV
	b) Art. 114, 352 AEUV
	c) Art.292 AEUV
III.	Sekundärrechtliche Quellen des Europäischen Gesellschaftsrechts im
	Allgemeinen
	1. Die Richtlinie
	a) Grundlagen
	b) Maßnahmen gegen das Auseinanderdriften des angeglichenen Rechts
	c) Richtlinie und nationales Recht
	aa) Keine unmittelbare Wirkung der Richtlinie im Horizontalverhältnis
	bb) Richtlinienkonforme Auslegung und Rechtsfortbildung des
	angeglichenen Rechts
	cc) Die Auslegung der Richtlinie
	dd) Die überschießende Umsetzung von Richtlinien
	ee) Vorwirkung der Richtlinie
	d) Richtlinie und strengeres nationales Recht
	2. Die Verordnung
	a) Rechtsnatur und -wirkungen
	b) Regelungsgegenstand
	J. Die Emplemung
§ 4	Stand und Perspektiven des Europäischen Gesellschaftsrechts
I.	Angleichung des nationalen Gesellschaftsrechts
	1. Überblick
	2. Ursprüngliches Harmonisierungskonzept
	3. Gescheiterte Angleichungsvorhaben
	a) Organisationsverfassung der AG
	aa) Mitbestimmung
	bb) Leitungsstruktur der AG
	cc) Aufgabe des umfassenden Angleichungsvorhabens
	b) Konzernrecht

	Inhaltsverzeichnis	XI
	4. Übergang zur Kernbereichsharmonisierung (Aktionspläne 2003 und 2012)	82
	5. Ausgewählte neuere Entwicklungen und Perspektiven	85
	a) Corporate Governance	85
	aa) Verwaltungsorgane	85
	bb) Abschlussprüfer	88
	cc) Aktionäre	88
	dd) Bisher nicht realisierte Angleichungsvorhaben	88
	b) Grenzüberschreitende Mobilität	91
	aa) Grenzüberschreitende Umwandlungsvorgänge	91
	bb) Gesellschaftskollisionsrecht	93
	c) Konzernrecht	93
	aa) Konzernleitung (Anerkennung des Gruppeninteresses)	93
	bb) Konzerntransparenz	96
	d) Digitalisierung	97
II.	Supranationale Rechtsformen	97
11.	1. Grundlagen	97
	Überblick und Perspektiven	98
III.		100
111.	Der European Woder Company Net	100
	Zweiter Teil. Die gesellschaftsrechtlichen Richtlinien	
§ 5	Handelsrechtliche Publizität	103
I.	Handelsrechtliche Publizität der Kapitalgesellschaften	103
1.	1. Grundlagen	104
	2. Höchst- oder Mindestregelung?	107
	3. Umsetzung in das deutsche Recht	108
	4. Anwendungsbereich	109
		109
	5. Offenlegung	110
	b) Publizitätsgegenstände	111
	c) Publizitätswirkungen	115
	d) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?	117
	6. Wirksamkeit der von der Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen	118
	a) Handeln im Namen der werdenden juristischen Person	119
	b) Fehlerhafte Bestellung des Organwalters	120
	c) Grundsatz der unbeschränkten und unbeschränkbaren Vertretungsmacht	121
	d) Einzel- und Gesamtvertretungsmacht	125
	7. Nichtigkeit der Gesellschaft	126
II.	Handelsrechtliche Publizität von Zweigniederlassungen	128
	1. Grundlagen	129
	2. Umsetzung in das deutsche Recht	130
	3. Höchst- oder Mindestregelung?	131
	4. Anwendungsbereich	132
	5. Der Begriff der Zweigniederlassung	133
	6. Offenlegungspflichten für Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus	124
	anderen Mitgliedstaaten	134
	7. Offenlegungspflichten für Zweigniederlassungen von Gesellschaften aus Drittstaaten	136
	8. Sanktionen	137
III.	Text der Gesellschaftsrechts-Richtlinie	138

Inhaltsverzeichnis

§ 6	Das Kapital der Aktiengesellschaft
I.	Grundlagen
	1. Entwicklung
	2. Anwendungsbereich
	3. Inhalt der Richtlinienvorgaben im Überblick
	4. Höchst- oder Mindestregelung?
	5. Umsetzung in das deutsche Recht
II.	Die Vorschriften zur Gründung der Aktiengesellschaft
	Mindestangaben über die Gesellschaft
	2. Haftung der Gesellschaft bei einzelstaatlichem Genehmigungsvorbehalt
	3. Absinken der Zahl der Aktionäre
III.	Der Grundsatz des festen Kapitals
	1. Funktion
	2. Rechtspolitische Diskussion und Perspektiven
	3. Zerlegung in Aktien
IV.	Die Aufbringung des Kapitals
	1. Einlageverpflichtung des Aktionärs
	a) Allgemeines
	b) Fälligkeit, Mindesteinzahlungserfordernis
	2. Gegenstand der Einlage
	a) Bar- und Sacheinlagen
	b) Nachgründung
	c) Sachübernahmen und verdeckte Sacheinlagen
V.	Die Erhaltung des Kapitals
	1. Ausschüttungen an Aktionäre
	a) Die Vorgaben der Art. 56 und 57 GesR-RL
	b) Weitergehendes nationales Recht
	c) Mögliche Umsetzungsdefizite (insbesondere Lockerung des
	Kapitalschutzes im Konzernrecht)
	2. Einberufungs- und Informationspflicht bei schweren Verlusten
	a) Die Vorgaben des Art.58 GesR-RL
	b) Richtlinienkonforme Auslegung des § 92 Abs. 1 AktG
	3. Eigene Aktien
	a) Grundlagen
	b) Zeichnung eigener Aktien
	c) Erwerb eigener Aktien
	4. Finanzielle Unterstützung
VI.	Kapitalmaßnahmen
	1. Überblick
	2. Kapitalerhöhung
	a) Zuständigkeit der Hauptversammlung
	b) Mehrheitserfordernis
	c) Anwendbarkeit auf Ausgabe von Wandel- und Optionsanleihen
	d) Genehmigtes Kapital
	e) Publizität
	f) Die Aufbringung des neuen Kapitals
	g) Bezugsrecht der Aktionäre
	aa) Funktion und Reichweite
	bb) Barkapitalerhöhung
	cc) Sachkapitalerhöhung
	3. Kapitalherabsetzung
VII.	Gleichbehandlungsgrundsatz

	Innaitsverzeichnis	XIII
	1. Vorgaben der Gesellschaftsrechts-, Transparenz- und Aktionärsrechtericht-	
	linie	267
	2. Umsetzung in das deutsche Recht	268
VII	I.Text der Richtlinie	269
§ 7	Aktionärsrechte	270
I.	Grundlagen	272
1.	1. Überblick	272
	a) Aktionärsrechterichtlinie 2007	272
	b) Änderungen, insbesondere Änderungsrichtlinie 2017	273
	2. Anwendungsbereich	273
	3. Mindestregelung	274
	4. Umsetzung in das deutsche Recht	274
II.	Allgemeine Mindeststandards für Hauptversammlungen	
	(Art. 4 bis 9, 10 bis 14)	275
	1. Gleichbehandlung der Aktionäre	275
	2. Einberufung der Hauptversammlung	275
	a) Einberufungsfrist	275
	b) Form der Einberufung	276
	c) Inhalt der Einberufung	277
	d) Ergänzungsanträge und Beschlussvorschläge von Aktionären	277
	3. Teilnahme an der Hauptversammlung	278
	a) Teilnahmevoraussetzungen	279
	b) Fernteilnahme	280
	aa) Teilnahme auf elektronischem Wege	280
	bb) Abstimmung per Brief vor der Hauptversammlung	281
	c) Auskunftsrecht	282
	d) Unmittelbare und mittelbare Stellvertretung	283
	aa) Materielle Voraussetzungen der Bevollmächtigung	284
	bb) Form der Bevollmächtigung	285
	cc) Mittelbare Stellvertretung	286
III.	e) Abstimmungsergebnisse	287
111.	Besondere Beschlussgegenstände (Art. 9a bis 9c)	288 288
	a) Grundlagen	288
	b) Vergütungspolitik	290
	aa) Aufstellung und Inhalt der Vergütungspolitik	290
	bb) Abstimmung über die Vergütungspolitik	291
	cc) Offenlegung der Vergütungspolitik	292
	c) Vergütungsbericht	293
	aa) Aufstellung, Inhalt und Prüfung des Vergütungsberichts	293
	bb) Abstimmung über den Vergütungsbericht	293
	cc) Offenlegung des Vergütungsberichts	294
	d) Umsetzung in das deutsche Recht	294
	2. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen (related party	
	transactions)	295
	a) Grundlagen	295
	b) Anwendungsbereich	296
	aa) Nahestehende Personen und Unternehmen	296
	bb) Geschäfte	297
	cc) Wesentlichkeit des Geschäfts, Zusammenrechnung mehrerer	
	Geschäfte	298

Inhaltsverzeichnis

	c) Ottenlegungsertordernis und Fairness Opinion
	aa) Offenlegung spätestens mit Abschluss des Geschäfts
	bb) Offenlegung wesentlicher Geschäfte von Tochtergesellschaften
	cc) Fairness opinion (optional)
	dd) Verhältnis zur ad-hoc-Publizität
	d) Zustimmungserfordernis
	e) Ausnahmen
	aa) Geschäfte im ordentlichen Geschäftsgang zu marktüblichen
	Konditionen
	bb) Bestimmte konzerninterne Geschäfte
	cc) Bestimmte Geschäfte mit Zustimmung der Hauptversammlung
	dd) Weitere Ausnahmen
r x 7	f) Umsetzung in das deutsche Recht
IV.	Sonstige Bestimmungen (Art. 3a bis 3k)
	Identifizierung der Aktionäre, Übermittlung von Informationen und Erleichterung der Ausübung von Aktionärsrechten
	2. Transparenzanforderungen an institutionelle Anleger, Vermögensverwalter
	und Stimmrechtsberater
	a) Transparenzanforderungen an institutionelle Anleger und Vermögens-
	verwalter
	b) Transparenzanforderungen an Stimmrechtsberater
7	c) Umsetzung in das deutsche Recht
V.	Text der Aktionärsrechterichtlinie
8	Verschmelzung und Spaltung von Gesellschaften
	Innerstaatliche Verschmelzung
	1. Grundlagen
	2. Umsetzung in das deutsche Recht
	3. Betroffene Gesellschaften
	Betroffene Gesellschaften
	5. Die erfassten Verschmelzungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen
	a) Verschmelzung durch Aufnahme und Verschmelzung durch
	Neugründung
	b) Verschmelzung im Konzern
	c) Der Verschmelzung gleichgestellte Vorgänge
	d) Die Rechtsfolgen der Verschmelzung
	e) Das Schutzbedürfnis auf Seiten der Gläubiger und der Aktionäre
	6. Der Schutz der Aktionäre
	a) Vorgaben der Richtlinie
	aa) Überblick
	bb) Pflichten der Organwalter und Prüfer
	cc) Informations- und Beteiligungsrecht der Aktionäre
	dd) Haftung der Organwalter und der Berichtsprüfer
	ee) Gerichtliche Kontrolle, Wirksamwerden und Offenlegung der
	Verschmelzung
	b) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?
	7. Der Schutz der Gläubiger
	8. Fehlerhafte Verschmelzung
I.	Innerstaatliche Spaltung
	1. Grundlagen
	2. Umsetzung in das deutsche Recht
	3. Die erfassten Spaltungsvorgänge und ihre Rechtsfolgen

	Innaitsverzeichnis
	a) Kennzeichen der Spaltung und Verhältnis zur Verschmelzung
	b) Spaltung zur Aufnahme und Spaltung zur Neugründung
	aa) Überblick
	bb) Spaltung durch Übernahme
	cc) Spaltung durch Gründung neuer Gesellschaften
	dd) Rechtsfolgen
	(1.) Übergang des gesamten Vermögens
	(2.) Aktientausch
	(3.) Erlöschen der Gesellschaft
	c) Sonderfall: Fortbestand der gespaltenen Gesellschaft
	d) Kein abschließender Charakter der Art. 135 ff.
	e) Der Schutz der Aktionäre
	aa) Die Vorgaben der Richtlinie
	bb) Umsetzung in das deutsche Recht
	f) Der Schutz der Gläubiger
	aa) Die Vorgaben der Richtlinie
	bb) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?
	g) Fehlerhafte Spaltung
III.	Grenzüberschreitende Verschmelzung
111.	1. Grundlagen
	Umsetzung in das deutsche Recht Anwendungsbereich
	a) Persönlicher Anwendungsbereich
	c) Verhältnis zu Art. 49, 54 AEUV
	4. Vorrangige Geltung des nationalen Rechts
	5. Verschmelzungsverfahren und -folgen
	D) Descriussiassung
	b) Beschlussfassung
	d) Glaubigerschutz
	e) Wirksamwerden, Eintragung und Rechtsfolgen
* * 7	6. Mitbestimmung
V.	Text der Richtlinie
§ 9	Die Rechnungslegung der Gesellschaften
[.	Einführung
	1. Zweck und Konzeption des europäischen Bilanzrechts
	2. Bestand und Entwicklung des europäischen Bilanzrechts im Überblick
	a) Jahresabschlussrichtlinie und Richtlinie über den konsolidierten
	Abschluss
	b) Überführung in die Bilanzrichtlinie; CSR-Richtlinie
	c) IAS-Verordnung, Sonderbilanzrecht, Abschlussprüfung
II.	Die Bilanzrichtlinie
	1. Grundlagen
	a) Einzelabschluss
	b) Konzernabschluss
	Umsetzung in das deutsche Recht
	a) Die Umsetzungsgesetzgebung im Überblick
	b) Einheitliche Auslegung der §§ 238 ff. HGB?
	c) Umsetzungsdefizite des deutschen Rechts?
	c, Chiocozungouchizhe des dedischen Rechts:

XVI Inhaltsverzeichnis

	3. Größenspezifische Rechnungslegung; Sonderregeln für Unternehmen von
	öffentlichem Interesse
	4. Jahresabschluss nebst Lagebericht
	a) Bilanz
	b) Gewinn- und Verlustrechnung
	c) Anhangd) Lagebericht
	5. Konzernabschluss nebst Konzernlagebericht
	a) Kontrolltatbestände und Beherrschungsmöglichkeit
	b) Sitzunabhängige Konsolidierung
	c) Die erfassten Rechtsformen
	d) Ausnahmen von der Konsolidierung
	e) Konsolidierungskreis
	f) Der Grundsatz der Vollkonsolidierung
	g) Bestandteile der Konzernrechnungslegung
	6. Die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und ihr Verhältnis zum
	Einblicksgebot
	a) Die einzelnen Grundsätze
	b) True and fair view als vorrangiges Ziel der Rechnungslegung
	c) Folgerungen für das deutsche Recht
	7. Prüfung und Offenlegung
III.	Die IAS-Verordnung
	1. Grundlagen
	2. Anwendungsbereich
	3. Übernahme und Anwendung der IFRS
IV.	Die Abschlussprüfer-Richtlinie nebst Abschlussprüfer-Verordnung
	Grundlagen Umsetzung in das deutsche Recht
	2. Umsetzung in das deutsche Recht
	3. APRL und APVO im Überblick
\$ 10	Die Einpersonengesellschaft UCHHANDLUNG
§ 10	
I.	Grundlagen
	1. Entwicklung
	2. Wesentlicher Inhalt und Zweck der Richtlinie
	3. Anwendungsbereich
	4. Umsetzung in das deutsche Recht
II.	Die Zulässigkeit der Einpersonengesellschaft
	1. Der Tatbestand und die Gründung der Einpersonengesellschaft
	2. Die Einschaltung eines Strohmanns
	3. Das Einpersonen-Unternehmen mit beschränkter Haftung
	4. Die Zugangsbeschränkungen des Art. 2 Abs. 2
	a) Reichweite
TTT	b) Abschließender Charakter?
III.	Die Schutzbestimmungen der Art. 3 bis 5
	1. Publizität
	2. Beschlussfassung
T 3 7	3. In-sich-Geschäfte
IV.	Das Projekt einer Societas Unius Personae (SUP)
	1. Grundkonzeption, Stand und Perspektiven
	Grundzüge der SUP
	b) Gründung
	b) Of undung

	Inhaltsverzeichnis	XVII
	c) Kapitalaufbringung und -erhaltung	444
	d) Weisungsrecht/Konzernleitungsmacht des Alleingesellschafters	444
V.	Text der Einpersonengesellschafts-Richtlinie	445
٠.	Text der Empersonengesensenares reintime	113
§ 11	Übernahmeangebote	450
I.	Entwicklung	453
	1. Gescheiterte Anläufe	453
	2. Kompromisslösung	455
	3. Reformperspektiven	456
II.	Grundlagen	458
	1. Schutzzweck	458
	2. Mindest- und Maximalharmonisierung	459
	3. Anwendungsbereich	460
	4. Umsetzung in das deutsche Recht	461
III.	Der Ablauf von Übernahmeangeboten	461
	1. Verfahrensgrundsätze	461
	2. Aufsicht	463
IV.	Schutz der Minderheitsaktionäre durch das Pflichtangebot	464
	1. Konzeption und Voraussetzungen (Kontrollerwerb)	464
	2. Ausgestaltung im Einzelnen (insbesondere Mindestpreis)	467
	3. Befreiung vom Pflichtangebot	470
	4. Sanktionen, Rechtsschutz der Aktionäre	471
V.	Verhinderungsverbot und Durchbrechungsregel	472
	1. Grundsatz	472
	2. Optionsrechte	473
	3. Umsetzung.	474
VI.	Ausschluss von Minderheitsaktionären und Andienungsrecht	475
	1. Überblick	475
	2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	476
	3. Umsetzung	478
VII.	Text der Übernahmerichtlinie	480
	Dritter Teil Supranationale Rechtsformen	
§ 12	Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	497
	Grundlagen	497
I.		497
	Rechtsgrundlagen Der supranationale Charakter der EWIV	499
	Der supranationale Charakter der E w I v Die Funktion der EWIV	499
II.	Gründung und Rechtsnatur der EWIV	500
11.		
	1. Gründung	500
	a) Gründungsvertrag	500
	b) Offenlegung	501
	c) Mitglieder	502
	d) Zweck	502 504
TTT	2. Rechtsnatur vor und nach Eintragung	504
III.	Die Organisationsverfassung der EWIV	505
	1. Notwendige Organe	505
	2. Die Willensbildung der EWIV	505 506
	3. Geschäftsführung und Vertretung	506

XV	III Inhaltsverzeichnis	
IV.	Veränderungen im Mitgliederbestand der EWIV	26
	1. Übertragung	
	2. Ausscheiden eines Mitglieds	
	3. Aufnahme neuer Mitglieder	
V.	Die Haftung der Mitglieder	
٠.	Der Grundsatz der unbeschränkten Haftung	
	2. Die Ausgestaltung der Haftung	
	a) Unbeschränkte Außenhaftung	
	b) Akzessorietät	
	c) Subsidiarität	
		ر 10
	e e	10 11
		11
3 7 T	8 8	12
VI.		12
	O Company of the Comp	12
	8	12
	3. Insolvenz	13
0.43	D' F "' 1 A1.' 11 1 (./CF)	1.1
§ 13	Die Europäische Aktiengesellschaft (SE)	14
I.	Grundlagen	17
	1. Entwicklung	17
	2. Funktionen, Verbreitung und Perspektiven der SE	19
	3. Hierarchie der Rechtsquellen	24
II.	Rechtsnatur, Sitz und Kapital der SE	26
		26
	2. Sitz und Sitzverlegung	27
	2. Sitz und Sitzverlegung523. Kapital52	28
III.	Gründung der SE	28
		28
	2. Die einzelnen Gründungsformen	
		30
	,	31
	, , ,	32
	d) Formwechsel	
		33
		33
IV.	Die Organisationsverfassung der SE 53	
IV.		
		34 25
		35
	, 8	35 3-
	,	37
		38
	d) Mitbestimmung der Arbeitnehmer	
	aa) Überblick	
	, 8	41
	cc) Auffangregelung	14
	3. Hauptversammlung	47
V.	Konzernrecht	18
VI.	Texte zur SE	19
	1. SE-Verordnung	19
	2. SE-Ergänzungsrichtlinie 57	76

	Inhaltsverzeichnis	XIX
	3. SE-Ausführungsgesetz	589
	4. §§34ff. SEBG	605
§ 14	Die Europäische Genossenschaft (SCE)	608
I.	Grundlagen	608
	1. Entwicklung	608
	2. Zweck der SCE	609
	3. Rechtsquellen	609
II.	Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SCE	610
	1. Rechtsnatur und Kapital	610
	2. Sitz und Sitzverlegung	611
III.	Gründung der SCE	611
	1. Mehrstaatlichkeitserfordernis	611
	2. Die einzelnen Gründungsformen	612
	3. Verfahren der Gründung; Publizität	612
IV.	Die Organisationsverfassung der SCE	613
	1. Überblick	613
	2. Leitung und Überwachung	613
	a) Gemeinsame Vorschriften für das monistische und das dualistische	
	System	613
	b) Beteiligung der Arbeitnehmer	614
	c) Monistisches und dualistisches System	614
	d) Die Generalversammlung	614
		011
8 15	Die Europäische Privatgesellschaft (SPE) Grundlagen 1. Stand und Perspektiven	615
3 20		010
	Grundlagen	615
	1. Stand und Perspektiven	615
	Rechtsquellen	617
II.	Rechtsnatur, Kapital und Sitz der SPE	618
	1. Rechtsnatur	618
	2. Kapital	618
	3. Sitz und Sitzverlegung	619
III.	Gründung der SPE	620
	1. Gründungsformen und -verfahren	620
	2. Mehrstaatlichkeitserfordernis?	620
IV.	Mitbestimmung der Arbeitnehmer	621
Sacł	nverzeichnis	623